



EINFACH REIZEND

Warum die Luft in Neukölln krank macht

Seite 5



KLARE KANTE GEGEN RECHTS

Neukölln solidarisch gegen Hass und Hetze

Seite 7



GUTE SCHULE – WEITER WEG!

Die Wende in der Schulpolitik hat erst begonnen

Seite 8



NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 185, Ausgabe I/2018

REVOLUTION PER RAD

Mit dem Mobilitätsgesetz bekommt Berlin das erste Radgesetz Deutschlands



NÄHER DRAN

Liebe Leserinnen und Leser! Wie gefällt Ihnen der neue Neuköllner Stachel? Wir haben die gute alte grüne Zeitung einem Lifting unterzogen, äußerlich, aber auch konzeptionell. Denn der Stachel will Ihre Kiezzeitung, Ihr Stadtteilblatt werden.

Unsere Idee: Weniger Partei und weniger Text, dafür mehr Information und Kiez. Wir wollen näher dran sein an Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, und am Puls von Neukölln. Und wir freuen uns, wenn wir Ihnen durch die grüne Brille interessante Blicke auf unseren vielfältigen Bezirk bieten können.

Eines aber wird der Stachel immer bleiben: Unbequem und parteiisch. Wir werden den Mund aufmachen, wenn Profitgier die Mieter*innen zu vertreiben droht, wenn Hetze Menschen verunglimpft, Gewalt und Ungerechtigkeit sich breit macht, die Luft zu dreckig, der Verkehr unerträglich und das Grün kaputt gemacht wird.

Auch im neuen Gewand bleibt der Stachel unsere Waffe für den Zusammenhalt in einem offenen und bunten Neukölln. Gut, Sie dabei an unserer Seite zu wissen.

Die Stachel-Redaktion

alle, die nicht im Kiez wohnen oder dort als Handwerker oder Dienstleister zu tun haben.

SECHS BAUSTEINE, EIN ZIEL

Das Mobilitätsgesetz wie es nun vom Abgeordnetenhaus Berlin endlich beschlossen wurde, ist ein Meilenstein und befasst sich mit weit mehr als dem Radverkehr.

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

Stadtverträglichkeit statt Besucherrekorde – Berlins neues Tourismuskonzept *Seite 3*

Safer Clubbing *Seite 4*

Schluss mit der Wegwerf-Gesellschaft! *Seite 4*

Mehr Bürgerbeteiligung! *Seite 6*

Freiheit statt Angst *Seite 7*

Schulneubau für Britz *Seite 9*

Dramatisches Insektensterben *Seite 10*

Termine *Seite 11*

Local Heroes *Seite 11/12*

Vor rund zwei Jahren begann in Berlin eine verkehrspolitische Revolution. Denn einige Aktivist*innen brachen mit dem gesellschaftlichen Konsens einer rein aufs Auto ausgerichteten Stadt und forderten einen fahrradfreundlichen Umbau Berlins. Damit sprachen sie Millionen von Menschen aus dem Herzen. Die nötigen Unterschriften wurden so schnell gesammelt, dass es selbst für SPD und LINKE logisch war, in den Koalitionsverhandlungen mit den GRÜNEN die Umsetzung der Kernforderungen zur Priorität zu machen. Berlin bekommt nun das erste Radgesetz Deutschlands!

DER WEG DURCH DIE INSTITUTIONEN

Was ist vom Zauber des „Radentscheides“ übrig geblieben? – Ziemlich viel! Anders als unter früheren Regierungen hat der Rot-Rot-Grüne Senat fast alle Forderungen des „Radentscheids“ aufgegriffen. Das lag auch daran, dass die Initiator*innen gemeinsam mit weiteren

Verbänden und der Senatsverwaltung einen wahren Verhandlungsmarathon hinlegten.

Dennoch brauchte es nun fast 2 Jahre: Für die öffentliche Beteiligung, zur Klärung harter Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern auf der höchsten politischen Ebene. Und nicht zuletzt wegen des Auf- und Umbaus der Verwaltung. Denn trotz deutlichem Personalzuwachs werden in Teilen der Stadt noch immer Radplaner*innen händeringend gesucht.

Neukölln kann noch von Glück reden: Die neuen Stellen konnten mit zwei motivierten Menschen besetzt werden und in den Schubladen lagen noch einige zuvor verschmähte Pläne. Gerade in Nord-Neukölln werden echte Umbaumaßnahmen erst dann möglich sein, wenn die Verkehrsflächen zugunsten von Rad- und Fußverkehr neu aufgeteilt werden. Ein wichtiger Baustein dafür ist die von vielen geforderte „Parkraumbewirtschaftung“ – also das gebührenpflichtige Parken für

REVOLUTION PER RAD

Fortsetzung von Seite 1

Die ersten drei Bausteine beziehen sich auf das übergreifende Ziel eines nachhaltigen Verkehrs, den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) sowie den Radverkehr. Hinzu sollen weitere Teile zum Fußverkehr, zum Wirtschaftsverkehr und zu Intelligenter Mobilität – etwa die Rolle des Carsharing – kommen. Auch die „Vision Zero“, also keine Verkehrstote und Schwerverletzte mehr – ist fester Bestandteil des Gesetzes geworden.

Gegen Fahrradfrust, volle Busse und nervige Parkplatzsuche wurde so einiges im Mobilitätsgesetz aufgenommen: Ein ambitionierter Radverkehrsplan wird erstellt, alle Hauptstraßen werden sukzessive mit breiten Fahrradwegen ausgestattet, 100 km Radschnellwege gebaut. Einer der ersten könnte sogar bei uns in Neukölln den Süden an das Tempelhofer Feld bzw. an Kreuzberg anbinden. Doch auch Vorrangregelungen für Fahrräder, mehr Fahrradstraßen – wie das vordere Ende der Weserstraße – , mehr Radabstell-Anlagen, mehr Verwaltungspersonal und – natürlich – viel mehr Geld sind Teil der neuen Mobilitätspolitik.

ANDERS PLANEN, FAHREN UND DENKEN!

Bei der fairen Mobilität für alle geht es nicht nur um das Fahrrad, sondern um die Frage, wie wir den knappen öffentlichen Raum in Berlin neu und fair aufteilen. Denn es ist unfair, wenn eine Rollstuhlfahrerin nicht über die Straße kommt, weil

jemand seinen Geländewagen an der einzigen Bordsteinabsenkung geparkt hat. Es ist unfair, wenn die fünfköpfige Familie ewig auf den Bus wartet, weil der im Stau steht. Und es ist unfair, dass Pendler*innen trotz guter ÖPNV-Anbindung keine Gebühr zahlen müssen, wenn sie Nord-Neukölln so zuparken, dass die Anwohnenden ewig einen Parkplatz suchen müssen. Die Senatorin fasste alles das in einem Tweet gut zusammen:

„Das #Mobilitätsgesetz eröffnet eben nicht den Kulturkampf mit dem Auto, richtig ist aber, dass sich die Rolle des Autos verändern wird. Im Mobilitätsgesetz werden alle #Verkehrsträger gleichberechtigt in den Blick genommen.“

Regine Günther

Deshalb müssen wir uns alle Gedanken machen, wie der Verkehr in Berlin sicherer und klimafreundlicher werden kann. Oft gibt es Lösungen, die allen besser passen. So wäre eine Fahrradspur auf der Hermannstraße absolut sinnvoll: Der Autoverkehr

würde auf einer Spur sicherer und besser fließen als wie bisher auf 1,5 Spuren plus Fahrräder, und die Fußgänger hätten ihre Wege wieder für sich. Der neue Radweg auf der Karl-Marx-Straße wurde noch nach alten Kriterien gebaut. Hier wollen wir versuchen, nachträglich eine „Protected Bike Lane“ – also Poller zum Schutz der Radfahrenden – zu ermöglichen.

KONFLIKTE AUSHANDELN

Wir ärgern uns alle täglich über „die anderen“ im Verkehr. Berlin wird voller, dichter und mobiler – das wird nie ohne Hupen und Stress gehen. Aber klare Regeln und bessere Infrastruktur helfen, Berlin lebenswerter für alle machen. Grundsatz bei Konflikten – z.B. zwischen Autos, Busspuren, Radwegen, Bäumen oder besseren Bürgersteigen – ist der „Vorrang des fließenden vor dem ruhenden Verkehr“. Da die allermeisten Probleme im engen öffentlichen Raum durch geparkte Autos entstehen, reicht es nicht, das eigene Auto öfter stehen zu lassen. Auch deshalb sind die weiteren Teile des MobG zum ÖPNV-Ausbau, zum Carsharing und nachhaltigen Wirtschaftsverkehr genauso wichtig wie der zügige Ausbau der Fahrradwege.



Georg P. Kössler,
MdA, Sprecher für
Klima- und
Umweltschutz

DREI FRAGEN AN: REGINE GÜNTHER



Senatorin für Umwelt,
Verkehr und Klimaschutz

1. WORUM GEHT'S IM MOBILITÄTSGESETZ?

Das Gesetz ordnet den Verkehr neu, verteilt den Straßen-Raum gerechter und wird für mehr Zufriedenheit und Sicherheit bei der städtischen Mobilität sorgen. Es ist deswegen ein echtes Anti-Stress-Gesetz für gehetzte Berliner*innen. Mir ist wichtig, dass es ein Gesetz für wirklich alle ist, ob mit oder ohne Auto, für Fußgänger*innen und auch den Wirtschaftsverkehr.

2. WAS IST DAS BESONDERE?

Die Dominanz des Autos in der Verkehrsplanung geht zu Ende. Wir betrachten alle Verkehrsträger und wollen besonders den Umweltverbund stärken. Die neue urbane Radinfrastruktur orientiert sich am zunehmenden Radverkehr. Auch Neukölln hat da ja Nachholbedarf. Und noch etwas ist mir wichtig: In dem Gesetz stecken Herz und Verstand von Dutzenden Aktivist*innen, der Verwaltung, von Fachleuten. Dass viele Köche den Brei verderben, stimmt eben nicht. Es ist ein Gesetz der Berliner Stadtgesellschaft. Das macht es erst so gut.

3. WIE GEHT'S JETZT WEITER?

Das Gesetz schafft den Rahmen für eine moderne Verkehrspolitik, zum Beispiel was Barrierefreiheit, autofreie Mobilität oder Klimaschutz angeht. Die Ziele sind klar, jetzt geht's endlich los mit der Umsetzung. Aktuell bin ich in intensiver Abstimmung mit den Bezirken, was den Ausbau der Radinfrastruktur angeht.

WAS IST DRIN IM MOBILITÄTSGESETZ?

FORDERUNG „RADENTSCHIED“	MOBILITÄTSGESETZ
350 Kilometer sichere Fahrradstraßen	✓
Zwei Meter breite Radverkehrsanlagen an jeder Hauptstraße	✓
75 gefährliche Kreuzungen pro Jahr umbauen	✓
Transparente, schnelle und effektive Mängelbeseitigung	Nicht im MobG geregelt, da zu kleinteilig
200.000 mal Fahrradparken an ÖPNV-Haltestellen und Straßen	Bis 2025 je 50.000 neue Radabstellanlagen an Haltestellen und im öffentlichen Raum.
50 Grüne Wellen fürs Fahrrad	Vorrangregelungen wie die „Grüne Welle“ werden ortsspezifisch geprüft
100 Kilometer Radschnellwege für den Pendelverkehr	✓
Fahrradstaffeln und eine Sondereinheit Fahrraddiebstahl	✓
Mehr Planerstellen und zentrale Fahrradabteilungen	✓
Berlin für mehr Radverkehr sensibilisieren	Geschieht kontinuierlich, aber nicht im MobG geregelt

BERLINER BADESEEN VERKEIMT?

Berlin gilt als die Badegewässerhauptstadt. In keiner anderen Millionenstadt der Welt gibt es so viele Seen, die im Sommer zu einem Sprung ins kühle Nass einladen. Doch ist das Wasser auch gesundheitlich unbedenklich?

Während der offiziellen Badesaison vom 15. Mai bis 15. September kontrollieren die Gesundheitsämter der Bezirke und das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) durch regelmäßige Laboruntersuchungen die Belastung mit Fäkalienkeimen. Die Ergebnisse werden im Internet veröffentlicht (siehe unten).

ES FEHLEN MESSUNGEN

Doch wie sieht es mit den gefürchteten multiresistenten Keimen

(MRE) aus, also Krankheitserregern, bei denen Antibiotika nicht mehr wirken? Im Februar dieses Jahres waren in niedersächsischen Gewässern alarmierende Belastungen festgestellt worden. Im Mai hat die dortige Landesregierung ein Messprogramm gestartet.

„Die Untersuchung von Badegewässern auf das Vorkommen multiresistenter Erreger ist nicht Bestandteil der Berliner Badegewässerverordnung“, teilt die Pressestelle des LAGeSo mit. Fehlanzeige auch bei den Berliner Wasserbetrieben. Pressesprecher Stephan Natz: „MRE gehören nicht zu den ablaufrelevanten Daten der Klärwerke. Die Berliner Wasserbetriebe können momentan mit ihren eigenen

Laboren multiresistente Erreger nicht messen.“

Lediglich für das Berliner Trinkwasser gibt es Untersuchungsergebnisse. Sie stammen aus der Zeit bis 2016 und beziehen sich lediglich auf den Zu- und Ablauf des Wasserwerks Tegel. Dort wurden MRE nicht nachgewiesen.

BELASTUNG NICHT AUSGESCHLOSSEN

Dennoch hält der Senat das Vorkommen von multiresistenten Erregern in offenen Gewässern Berlins für möglich: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ... antibiotikaresistente Erreger auf badende Menschen ... übertragen werden ...“, heißt es in der Antwort

auf die schriftliche Anfrage der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus vom März dieses Jahres, die der Neuköllner Abgeordnete Georg Kössler gemeinsam mit Catherina Pieroth-Manelli initiiert hatte. Regine Szewzyk, Fachgebietsleiterin Mikrobiologische Risiken beim Umweltbundesamt nimmt an, dass Badegewässer, die durch einen Fluss – wie etwa Havel oder Spree – gespeist sind, MRE enthalten. Genaueres könnten aber nur Messungen erbringen.

Messergebnisse zur Qualität der Berliner Badegewässer gibt es im Web unter www.berlin.de/lageso/gesundheits/gesundheitschutz/badegewaesser/

STADTVERTRÄGLICHKEIT STATT BESUCHERREKORDE – BERLINS NEUES TOURISMUSKONZEPT



Die Entwicklung der letzten Jahre im Städtetourismus stellt besonders die innerstädtischen Kieze wie Nord-Neukölln vor Herausforderungen. Viel zu lange wurde dies ignoriert und lieber auf immer neue Besucherrekorde gesetzt. Das neue Tourismuskonzept, das die grüne Wirtschaftssenatorin Ramona Pop vorgelegt hat, soll das ändern. Die Tourismuspolitik und das Tourismus-Marketing sollen am Ziel eines stadtverträglichen und nachhalti-

gen Tourismus ausgerichtet werden, für das von grüner Seite seit Jahren gekämpft wurde.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollen ökologische, soziale und ökonomische Aspekte zusammen gedacht werden. Um den Tourismus in diesem Sinne gestalten zu können, wird erstmals ein umfassendes Tourismus-Monitoring eingeführt. Damit können Besucherströme in der Stadt analysiert werden. Ziel ist es, eine Kiez-basierte Tourismus-

steuerung entwickeln zu können, die räumlich differenzierte Bedarfe innerhalb der Stadt erfasst und neue Mechanismen der Tourismussteuerung ermöglicht.

Zukünftig soll mit der Tourismusförderung immer auch die Lebensqualität der Berliner*innen erhöht werden. Erste im Tourismuskonzept genannte Maßnahmen sind entsprechend bereits auf dem Weg. So werden z.B. Parks mit hoher touristischer Nutzung nun durch die BSR

gereinigt – in Neukölln etwa der Park am Buschkrug, der Reuter- und der Richardplatz. Auch neue Toilettenstandorte an touristischen Hotspots sind in Planung.

Von uns Grünen erkämpft ist die Einführung eines Bürger*innenbeirats. Dieser ermöglicht erstmals eine kontinuierliche Beteiligung der Berliner*innen und soll helfen, gemeinsam Lösungen für bestehende Probleme zu finden. Auch die Themen Umwelt und Verkehr spielen eine wichtige Rolle. Die Hop-On-Hop-Off-Busse sollen z.B. durch elektrische Modelle ersetzt und Ausflugsdampfer endlich mit Dieselfiltern umgerüstet werden.

Wichtig ist auch eine strategische Planung der Hotelentwicklung. Die bisher unkoordinierte Ansiedlung soll endlich stadt- und kiezverträglich gesteuert werden. Hier ist jetzt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in der Pflicht, entsprechende Schritte einzuleiten.



*Katrin Schmidberger
MdA, Sprecherin für
Tourismus, Sprecherin
für Wohnen und
Mieten*

SAFER CLUBBING

Rot-Rot-Grün will mehr Sicherheit in Clubs durch Drogenprüfangebote und bessere Informationen für Club-Besucher*innen

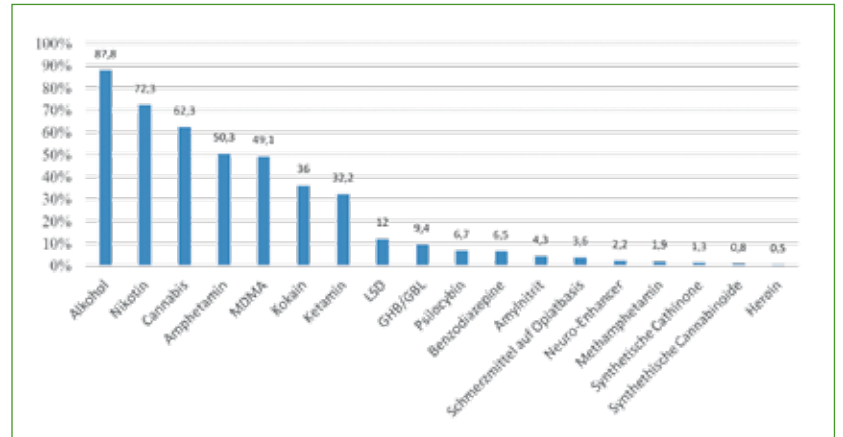
Ein tragischer Todesfall erschütterte die Berliner Clubszene: Eine US-Touristin starb im Berghain an einer Überdosis. Die anschließende öffentliche Debatte verlief zwar im Sande, doch sowohl Clubcommission als auch unsere Rot-Rot-Grüne Koalition wollen nicht bis zum nächsten Notfall warten.

SAFER-CLUBBING ERMÖGLICHEN

Clubs sind eigentlich ein Schutzraum, in denen gesellschaftlich marginalisierte Gruppen genauso Teil des Ganzen sind wie sonst verpönte Vorlieben. Berlin ist das beste Beispiel dafür, wie Clubs helfen, eine Gesellschaft toleranter und offener zu machen. In Clubs gibt man aufeinander Acht – doch im Berghain hat die Frau dem Falschen vertraut. Das richtige Maß und die gebotene Vorsicht kann der*die walten lassen, der*die auch die nötigen unabhängigen Informationen hat.

WAS NÖTIG IST: SCHULUNGEN, INFORMATIONEN UND DRUG-CHECKING

Wir müssen den Clubs endlich ermöglichen, ihr Personal professionell zu schulen. Eine vom Senat finanzierte Umfrage hat ergeben, wie stark verbreitet Rauschmittel in der Clubszene sind. Die Studie hat auch gezeigt, dass sich eine Mehrheit bessere Informationen und Beratung im Club wünscht. Dem kommen wir mit einem neuen Programm nach, indem wir dafür Mittel bereitstellen. Auch das sogenannte „Drug-Checking“, also die Überprüfung von Rauschmitteln durch Expert*innen vor Ort, wollen wir etablieren. Erfahrungen zeigen, dass Drug-Checking vielfach dazu führt, dass sich potentielle Konsument*innen danach für eine kleinere Dosis oder ganz gegen den Konsum entscheiden. Das Geld haben wir als Parlament dafür bereitgestellt. Aktuell sucht unser grüner Justizsenator Dirk Behrendt nach einem ju-



Drogenkonsum von Berliner Clubbesuchern: Ergebnisse des SuPrA Survey Berlin 2018. Es wurden 877 Personen befragt.

ristisch sicheren Weg, wie wir damit in Berlin beginnen können.

REALITÄTEN ANERKENNEN UND VERSTEHEN

Der Konsum von Rauschmitteln gehört zur Menschheitsgeschichte. Doch insbesondere bei illegalisierten Drogen erleben wir in der vergangenen Zeit einen Anstieg an Konzentration und eine Zunah-

me sogenannter „Designer-Drogen“. Drug-Checking würde helfen, neue Trends zu erkennen und Antworten zu finden. Nur so können wir Clubbing sicherer machen.



Georg P. Kössler MDA, Sprecher für Klima- und Umweltschutz, Eine-Welt-Politik und Clubkultur

SCHLUSS MIT DER WEGWERF-GESELLSCHAFT!



BERLIN GOES „ZERO WASTE“

Wo sind wir eigentlich falsch abgebogen? Es schwimmen bereits 100 Millionen Tonnen Plastik im Pazifik als eigene Müll-Insel, aber wir holen immer weiter Erdöl zur Plastikherstellung aus dem Boden. Wir rühren unseren Kaffee mit Plastik-Stäbchen um, obwohl Löffel sich viel besser eignen. Wir holen uns einen „Coffee-to-go“, weil wir scheinbar keine Zeit haben, ihn vor Ort zu trinken. Dabei kippen wir ihn bereits wenige Meter

weiter komplett herunter. Unsere menschliche Bequemlichkeit diktiert unseren Konsum. Das sorgt für immer mehr Müll – auf den Straßen, in der Natur und in den Weltmeeren.

ZERO WASTE – GENUSS STATT KONSUMSTRESS

Immer mehr Menschen schließen sich daher der „Zero-Waste“-Bewegung an. Im Zentrum der Bewegung steht die Frage: Brauche ich diesen ökologischen Unsinn wirklich?

Dabei geht es nicht darum, ein Super-Öko zu werden. Ein „Zero Waste“-Lifestyle bedeutet auch: gesünder leben, weniger (Konsum-) Stress haben und sogar Geld sparen.

Während viele Produkte wie Handys oder T-Shirts immer kurzlebiger werden und im Müll landen, gibt es bereits jetzt viele gute Gegentrends in Berlin. So ist das „Sharing“ groß in Mode gekommen: Wir teilen uns in dieser engen Stadt schon Autos, Betten und (manche) sogar Zahnbürsten. Lasst uns das auch bei Werkzeug, Kinderspielsachen oder Büchern tun!

ROT-ROT-GRÜN GEHT DIE ERSTEN SCHRITTE...

Damit die vielen tollen Ansätze einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft nicht im Sande verlaufen, wollen wir Grüne sie stärken. In der Regierungskoalition haben wir deshalb durchgesetzt, dass nun 1 Mio.

Euro für Zero-Waste-Initiativen wie Foodsharing, Repair- & Tauschcafés oder nachhaltige StartUps zur Verfügung gestellt werden.

Deshalb gibt sich das Land Berlin nun auf unser Drängen hin das Leitbild „Zero Waste“ und Umweltsenatorin Regine Günther erarbeitet einen Aktionsplan dazu. Ein kleiner Baustein ist die Kampagne gegen Einwegbecher. Doch das allein kann nicht ausreichen. Eine Studie hat gezeigt, dass nur eine Kombination von Informationen, Anreizen und Abgaben die Menge an Coffee-to-go Bechern reduzieren kann. Und so ist es in vielen Bereichen. Wir werden in Zukunft also noch öfter über Müll sprechen müssen, Berlin! So let's do some trash-talk!

Georg P. Kössler MDA, Sprecher für Klima- und Umweltschutz, Eine-Welt-Politik und Clubkultur

EINFACH REIZEND

Warum die Luft in Neukölln krank macht

Kennen Sie BLUME? Nein? Sollten Sie aber. Hinter dem Kürzel verbirgt sich das „Berliner Luftgüte-Messnetz“. An 16 Orten misst BLUME die Schadstoffbelastung der Berliner Luft. Die Werte lassen die Alarmglocken schrillen. Entlang großer Straßen droht akute Gesundheitsgefahr. Besonders schlimm dran ist Neukölln. In der Silbersteinstraße und der Karl-Marx-Straße liegt die jährliche Durchschnittsbelastung der Atemluft mit Stickstoffoxiden bei über 50 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) – mehr als ein Viertel über dem Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Hauptquelle für die Asthma verursachenden Stickstoffoxide ist der Autoverkehr, vor allem Dieselfahrzeuge. Und hier wird's kriminell: Denn in zahlreichen Dieselnwagen gaukelt Mogelsoftware auf dem Prüfstand einen geringen Schadstoffausstoß vor. Im Alltag aber schaltet sich die Abgasreinigung regelmäßig aus. Die Wagen stoßen daher bis zu 17 Mal mehr Stickoxide aus als es die Herstellerangaben vermuten lassen. Vor fast drei Jahren flogen die Lügen und Trickereien von VW und anderen Autobauern auf. Selbst vor Abgasversuchen mit Menschen schreckte die Branche nicht zurück. Doch die Große Koalition hält wei-

terhin ihre schützende Hand über sie. Betrogene Autofahrer*innen und die unter dem Giften leidenden Menschen finden bei Union und SPD dagegen kein Gehör. Merkel bleibt stur: Keine Entschädigung für Diesel-Käufer*innen, keine blaue Plakette für wirklich schadstoffarme Diesel und erstrecht keine technische Nachrüstung der Stinker auf Kosten der Industrie – basta! Weil die GroKo nichts tut, drohen in fast allen Großstädten Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Soweit will Umweltsenatorin Regine Günther es nicht kommen lassen. Die technische Nachrüstung oder neue Plaketten können nur auf Bundes-

ebene beschlossen werden. Die Berliner Umweltsenatorin will aber mit einem Mix an Maßnahmen das Problem so gut es geht entschärfen. Dazu gehört die Beschaffung neuer E-Busse ebenso wie Tempo-30 an hochbelasteten Hauptverkehrsstraßen, die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und eine Stärkung des Fahrradverkehrs.

Ob das genügt, um Sperrungen zu verhindern, muss sich erst zeigen. Klar ist aber, dass die Gesundheit der Berliner*innen Vorrang vor der freien Fahrt für Stinker haben muss.

Link: <https://luftdaten.berlin.de/lqi>

BUNDESREGIERUNG SCHÜTZT BETRÜGER



Oliver Krischer, Stv. Fraktionsvorsitzender der grünen Bundestagsfraktion, war Mitglied im Untersuchungsausschuss zum Dieselskandal.

Die drohenden Fahrverbote in vielen Städten gehen ganz klar auf die Kappe des ehemaligen Verkehrsminister Dobrindt, des Schutzpatrons der Trickser und Betrüger. Weil er sich wirksamen Maßnahmen konsequent verweigert hat, müssen das jetzt die Fahrer von älteren Diesel-PKW ausbaden. Selbst neue Diesel-PKW werden noch immer mit nicht funk-

tionierender Abgasreinigung ausgeliefert und das fast drei Jahre nach Bekanntwerden des Skandals.

Die Autohersteller nehmen die Bundesregierung nicht ernst, auch weil diese bisher keine Bußgelder verhängen will. Bis jetzt gab es von der Bundesregierung nur ungedeckte Schecks für die Städte. Noch kein Cent ist aus dem Milliardenfonds für die betroffenen Städte abgeflossen.

Gefragt ist zeitnah die technische Nachrüstung von Diesel-PKW auf Kosten der Hersteller. Das bringt die größte Reduktion von Stickoxiden. Die Firmen können das verkraften. Daimler und BMW müssten beide jeweils rund 500 Millionen Euro ausgeben. Jedes Unternehmen hat im letzten Jahr mehr als 10 Milliarden Euro Gewinn gemacht.

Es fehlt der politische Wille, die Luft in den Städten wirklich zu verbessern. Da werden wir als Grüne dran bleiben und die Bundesregierung treiben.

GRÜNE JUGEND MISST SCHADSTOFFE

Die Grüne Jugend Neukölln will gegen die krankmachenden Autoabgase angehen, und zwar mit eigenen Messungen. Wir wollen die Werte in unseren Kiezen lebensnah messen. Dazu haben wir ein eigenes Messgerät gebaut, das berlinweit zum Einsatz kommt. Das Gerät nehmen wir auf Demos und Aktionen mit, oder aktivieren es einfach auf unseren Balkons. Die gemessenen Werte werden uns online zugesendet.

Wir möchten die Messgeräte noch weiter verteilen, gemeinsam

mit Schulen und Jugendeinrichtungen neue bauen und sie dort anbringen. So hätten wir aus ganz Neukölln Werte und damit ein klares Bild über die Luftqualität.

Unsere Messungen werden wir ebenso wie unsere Forderungen zur Minimierung der Stickstoff- und Feinstaubbelastung in Berlin in die Öffentlichkeit tragen.

Infos dazu werden in Kürze auf www.dickeluft.berlin zu finden sein.

Meret Weber, Grüne Jugend Neukölln

WAS HILFT GEGEN AUTOABGASE?

• Fahrverbote für Diesel

Innenstädte oder einzelne Straßen für besonders dreckige Dieselfahrzeuge zu sperren, ist rechtlich zulässig. Straßensperrungen führen schnell zur Belastung anderer Straßen.

• Blaue Plakette

Eine neue Plakette für wirklich schadstoffarme Diesel hilft beim Autokauf. Sie ermöglicht es der Polizei, Fahrverbote für dreckige Diesel durchzusetzen. Doch die Bundesregierung lehnt die Plakette beharrlich ab.

• Technische Nachrüstungen

Die Autoindustrie will das Problem mit Software-Nachrüstungen betroffener Diesel lösen. Doch das reduziert die Abgaswerte um maximal ein Viertel. Wirksamer wäre die Nachrüstung der Abgasreinigungssysteme („Hardware-Nachrüstung“).

• Tempo 30

Je langsamer und stetiger der Autoverkehr fließt, umso weniger Schadstoffe setzt er frei. Umweltsenatorin Regine Günther wird jetzt in Testgebieten Tempo 30 sowie neue Ampelschaltungen einführen und überprüfen, ob so die Luft sauberer wird.

• Umstellung auf Elektrofahrzeuge

Vor allem Busse und Taxis könnten relativ schnell auf Stromantrieb umgestellt werden. Das senkt die Stickoxidemissionen. Berlin will deshalb möglichst schnell E-Busse beschaffen.

• Umsteigen auf Fahrrad, Füße und Öffis

Auf Dauer hilft gegen dreckige Luft nur weniger Autoverkehr.

HÄUSER-SPEKULATION RIEGEL VORSCHIEBEN

Bei der Veranstaltung „Banken, Börsen und Betongold: Was tun gegen Spekulation mit Wohnraum?“ diskutierte die grüne Bundestagsfraktion im Circular House auf dem ehemaligen Kindl-Gelände über Maßnahmen gegen die Geschäftemacherei mit Wohnraum.

Berlin gehört mittlerweile zur Top-Ten der beliebtesten Anlagemärkte für Immobilieninvestoren weltweit. Grundstücke und Häuser gehen durch die Hände gleich mehrerer Spekulanten, die mit Kauf und Verkauf skrupellos Geld scheffeln. Die Folgen der asozialen Spekulation mit Wohnraum bekommen immer mehr Menschen zu spüren: die Mieten explodieren, Mieter*innen werden aus ihren Kiezen verdrängt.

WIEN MACHT ES VOR

Soweit, so schlecht. Aber wie kann man der Spekulation einen Riegel vorschieben? Die Ökonomin Heike

Joebgies sieht Wien dafür als Paradebeispiel. Eine mieterfreundliche Regulierung des Immobilienmarktes sowie ein starker sozialer und genossenschaftlicher Wohnungsbau hätten in der Hauptstadt Österreichs die Preise in Zaum gehalten, sagte sie.

Ihr Fachkollege Otmar Edenhofer aus Potsdam betonte, dass Spekulation mit Baugrund, wie er es nannte „leistungslose Einkommen“ seien und forderte eine neue Bodenwertsteuer zur Abschöpfung der Gewinne.

Von den Mieterverbänden wurde aber klargestellt, dass es zusätzlich Regelungen braucht. So müsse die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder belebt werden und die Umlage von Investitionen auf die Mieter – etwa bei der Sanierung – strikt begrenzt werden. Es kann nicht sein, dass Mieter die Zeche für die Wertsteigerung die nur dem Eigentümer nutzt auch noch teuer bezahlen müssen.



WOHNEN DEM MARKT ENTZIEHEN

Lisa Paus machte klar, dass etwas derart gesellschaftlich Relevantes wie das Wohnen, nicht länger dem Markt überlassen werden darf. In Deutschland sei nicht einmal transparent, wem welches Grundstück gehört. „Das macht Immobilien zum

optimalen Anlageziel für Schwarzgeld und Geldwäscher“, so Paus. Von der Bundesregierung forderte sie die Einführung einer Steuer auf den Zwischenhandel mit Immobilien und die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einzuführen.

MEHR BÜRGERBETEILIGUNG!



Berlin muss bauen. Es entstehen neue Quartiere, es wird verdichtet. Bürgerbeteiligung kommt da oft zu kurz. Ein Arbeitsgremium, das zur Hälfte mit Bürger*innen besetzt ist, arbeitet deshalb an einem Leitbild zur Beteiligung, das mehr Mitgestaltung in der stadträumlichen Planung festschreiben soll. Geht

das zusammen? Wie Wohnungswirtschaft klagt, dass Beteiligung Bauen verzögert. Stimmt das?

AKTIVE BÜRGERCHAFT ERWÜNSCHT

In Berlin gibt es eine höchst aktive Bürgerschaft. Wo immer etwas in der Stadt geschieht, gibt es auch eine

Initiative, die fordert, angehört zu werden. Es fehlt aber in Berlin eine Verständigung darüber, wie Politik und Verwaltung mit Beteiligung umgehen sollte. Wo nichts geregelt ist, werden Bürger*innen oft als Störfaktor angesehen. Wir alle kennen diese Konflikte.

Nützlich wären zum Beispiel Vorhabenlisten. Sie sorgen für Transparenz und informieren frühzeitig über Beschlüsse des Landes. Verwaltung ist verpflichtet, Beteiligungsprozesse in Gang zu setzen, wo entweder Konflikte zu befürchten sind oder die Vor-Ort-Kenntnis der Bürger*innen abgerufen werden soll. In der Leitlinie sollte für jedes Vorhaben eine Zielgruppen-Analyse vorgeschrieben werden, die dann dafür sorgt, dass alle beteiligt werden, die betroffen sind – nicht nur die Lautesten.

BETEILIGUNG LÖST PROBLEME

Dass Bauvorhaben durch Beteiligung verzögert werden, lässt sich pauschal nicht behaupten. Gute Beteiligung erreicht auf jeden Fall friedliches Bauen und verhindert

damit Verzögerungen durch Bürgerproteste. Erfahrungen in anderen Kommunen zeigen, dass mehr Beteiligung der Stadt gut tut. Interessenkonflikte verschwinden nicht, aber sie werden offen benannt und diskutiert. Oft finden Anwohner*innen Lösungen für Planungsprobleme, die besser sind als die Vorschläge der Verwaltung.

Es stärkt unsere Demokratie, wenn Menschen Mitgestaltung einfordern, die über das Wählen hinausgeht und mit Parteienpolitik nichts zu tun hat. Die Werkstätten des Arbeitsgremiums sind öffentlich. In der AG Bürgerbeteiligung der Neuköllner Grünen begleiten wir den Prozess und arbeiten an Leitlinien für unseren Bezirk.

Weitere Infos: <https://mein.berlin.de/projects/leitlinien-beteiligung-berlin-offentlicher-dialog/>



Susanna Kahlefeld, MdA, Sprecherin für Partizipation und Beteiligung

KLARE KANTE GEGEN RECHTS

Neukölln solidarisch gegen Hass und Hetze

Seit zwei Jahren erschüttert erneut eine rechte Anschlagsserie unseren Bezirk. Matthias Müller von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) verfolgt seit mehr als zehn Jahren die Entwicklungen: „Auch in den Jahren 2009 bis 2012 gab es diese nächtlichen Angriffe gegen Vereine, Initiativen und Parteien. Damals wie heute wird der Tod von Personen bewusst in Kauf genommen. Für die Betroffenen und ihre Angehörigen ist das Terror.“

Am 21. April waren über 1000 Menschen im Süden Neuköllns auf der Straße, um deutlich zu zeigen, dass rechter Terror im Bezirk keinen Platz hat. Die Demonstration war eine von vielen breit getragen Solidaritätsaktionen, an denen sich auch die Grünen Neukölln beteiligen.

RECHTE GEWALT NIMMT ZU

Eine deutliche Zunahme rechter Aktivitäten stellt auch Carolin Fiedler von der Registerstelle Neukölln fest: „Seit 2016 gab es verstärkte Brandstiftungen, massive Bedrohungen und Sachbeschädigungen, die sich auf militante Neonazis zurückführen lassen. Diese richten sich insbesondere gegen Neuköllner*innen, die sich für ein friedliches Zusammenleben in unserem vielfältigen Bezirk einsetzen.“

Doch Neukölln reagiert entschlossen: Wann immer Rechtsextremist*innen versuchten, Menschen einzuschüchtern und ihren Hass zu säen, stellte sich ihnen ein breites Bündnis aus Bürger*innen, Initiati-

ven, Gewerkschaften und demokratischen Parteien entgegen. Als zu Jahresbeginn wiederholt Autos engagierter Menschen brannten, gab es eine große Solidaritäts-Kundgebung vor dem Neuköllner Rathaus. Die Ende 2017 entwendeten 16 Stolpersteine, die an die Opfer des Nationalsozialismus' erinnern, können dank der überwältigenden Spendenbereitschaft der Neuköllner*innen ersetzt und zudem noch zusätzliche Gedenksteine errichtet werden. Endlich wurde im April das Mahnmal zum Gedenken an Burak Bektaş eingeweiht. Es bekräftigt die Forderung, den mutmaßlich rassistischen Mord endlich aufzuklären. Nur wenige Tage nach der Enthüllung wurde das Mahnmal geschändet.

SCHLUSS MIT HASS UND HETZE

Es muss Schluss sein mit rechten Angriffen und rassistischer Gewalt. Die Polizei muss endlich Ermittlungserfolge liefern, damit Neuköllner*innen nicht Zielscheibe rechten Terrors sind. Gemeinsam sind wir weiterhin solidarisch und zeigen klare Kante gegen Hass und Hetze.



Philmon Ghirmai und Anna Hoppe-nau, Vorstandssprecher*innen des KV Neukölln

FREIHEIT STATT ANGST

Nein zum Ausbau der Videoüberwachung in Berlin

„Volksbegehren für mehr Sicherheit und Datenschutz“ – klingt gut, ist aber ein schwarzes Überraschungsei. Denn die CDU-Initiative verfolgt den Ausbau der Videoüberwachung, die Einführung von Tonaufzeichnungen an öffentlichen Plätzen und die Ausweitung der Polizeibefugnisse. Ex-CDU-Senator Thomas Heilmann, Heinz Buschkowsky, Sabine Schumann der Deutschen Polizeigewerkschaft und Susanne Klabe vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen gehören zu den Initiator*innen.

VIDEO ALS PLACEBO

Das vorgeschlagene „Gesetz für den Ausbau der Videoaufklärung“ ist aus grüner Sicht höchst problematisch, denn intelligente Überwachungsformen sind starke Eingriffe in unsere Grundrechte auf Privatheit und informationelle Selbstbestimmung. Dabei ist Videoüberwachung für die Sicherheit nur ein Placeboeffekt: Sie hat keine Präventivwirkung, verdrängt Kriminalität lediglich an andere Orte und bietet keinen Schutz vor Affekthandlungen oder Taten, welche besonders die Öffentlichkeit suchen. Bürgerrechtlich äußerst problematisch sind Tonaufzeichnungen auf geheimen Plätzen. „Kriminalitätsbelastete Orte“ muss die Polizei zwar seit kurzem offenlegen, ihre genauen Ausdehnungen bleiben aber geheim.

POLIZEI AUSSTATTEN

Lauschangriffe auf unschuldige Menschen – das kann nicht sein! Dazu soll die erlaubte Speicherdauer der Aufzeichnungen auf einen Monat ausgeweitet werden. Dies ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern auch kaum auswertbar. Statt Bürger*innen unter Generalverdacht, brauchen wir eine bessere Durchsetzung der bestehenden Regeln auch mit weiteren Aufstockungen in der Justiz. Darum sagen wir: Mehr flexible und mobile Polizei statt Videokameras!

Es ist fraglich, ob das Volksbegehren überhaupt mit der Verfassung vereinbar ist. Der Senat muss darum diesen Gesetzesvorschlag mit größter Sorgfalt prüfen. Die Grüne Fraktion des Abgeordnetenhauses hat sich bereits gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung positioniert. Ebenso tritt hierfür die Berliner Allianz für Freiheitsrechte ein, in der auch Grüne Mitglieder vertreten sind. Perspektivisch könnte es zu einem Volksentscheid kommen. Wir sagen aber: Bürger*innenrechte sind nicht mit Symbolpolitik verhandelbar



Lena Brommer und Vivian Weitzl, Vorstandsmitglieder des KV Neukölln

MOBILE BERATUNG

Die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)** ist Anlaufstelle für alle Menschen, die sich in der Stadt für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen. Seit 2001 berät sie bei rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Herausforderungen und begleitet die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen.



Tel. 030 817 985 810,
Mail: info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de,
[Facebook.de/mbrberlin](https://www.facebook.com/mbrberlin)

REGISTERSTELLE NEUKÖLLN

Vorfälle melden! Die Registerstelle Neukölln dokumentiert rechte und diskriminierende Vorfälle: z. B. antisemitische Flyer, Homophobie Aufkleber, rassistische Schmierereien, rechte Infostände, behindertenfeindliche Sprüche, rechte Bedrohungen und Angriffe auf Wohnungslose. Vorfälle melden können alle. Egal ob sie selbst betroffen sind oder Zeug*innen wurden. Alle Meldungen werden vertraulich behandelt und anonymisiert veröffentlicht.

Kontakt: register@amaroforo.de
Online-Chronik: www.berliner-register.de

BÜNDNIS NEUKÖLLN

Das **Bündnis Neukölln** ist ein Zusammenschluss von Organisationen, Gewerkschaften, privaten und staatlichen Einrichtungen sowie Einzelpersonen im oder für den Bezirk Neukölln. Wir mobilisieren breite Bevölkerungsschichten, organisieren Proteste und möchten explizit Menschen des gesamten demokratischen Spektrums ansprechen.

Treffen: 1. Mittwoch im Monat um 18:30 Uhr in den Räumen des Nachbi Neukölln, Schierker Str. 53 und freuen uns über neue Engagierte.

www.buendnis-neukoelln.de/aktuelles/

GUTE SCHULE – WEITER WEG!

Die Wende in der Schulpolitik hat erst begonnen

Der Hilferuf der Sonnen-Grundschule hat es wieder mal gezeigt: Wir haben riesige Probleme im Berliner Schulsystem, vor allem in den Kiezen, wo besonders viele benachteiligte Kinder leben.

Dass so viele Fachkräfte gerade in den Kitas und Grundschulen fehlen, schmerzt uns besonders. Denn uns ist die frühkindliche Bildung unglaublich wichtig. Deshalb haben wir als Grüne sehr früh auf das Bevölkerungswachstum hingewiesen und Vorsorgemaßnahmen eingefordert. Wir haben die bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte erkämpft und arbeiten jetzt genauso entschlossen daran, die Erzieher*innen besser zu bezahlen. Das muss in der nächsten Tarifrunde sicherge-

stellt werden. Mit Regierungsantritt haben wir sofort den Bezirken mehr Geld gegeben, um zum Beispiel die (Schul-)Bau- und die Jugendämter zu stärken. Wir haben die Lehramtsstudienplätze für Grundschullehrkräfte an den Berliner Hochschulen verdoppelt. Und wir haben inzwischen ein Paket zur Unterstützung der Quereinsteiger*innen verabschiedet.

Leider werden viele dieser Maßnahmen erst mittelfristig Entlastung bringen. Für ganz Berlin steht eher zu befürchten, dass erst noch ein schlimmes Tal zu durchlaufen ist, bevor es wieder besser wird. Dabei würden wir uns gerade in Kiezen, wo besonders viele benachteiligte Kinder und Familien wohnen, eine deutlich spürbar bessere

Ausstattung wünschen.

Der Brandbrief der Sonnen-Grundschule ist völlig verständlich. Gleichzeitig finde ich unerträglich, dass es solche Brandbriefe braucht. Wir wollen als Grüne kein Kind zurücklassen, und dafür bräuchten bestimmte Kitas und Schulen halb so große Klassen und Pädagog*innen mit wesentlich mehr Zeit für jedes Kind. Die Schulen brauchen Unterstützung durch Jugendamt und Jugendhilfe, und sie brauchen multiprofessionelle Teams. Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Sonderpädagog*innen, Bibliothekar*innen, Ärzte und Ernährungsberaterinnen, aber auch Berufsberater- und IT-Administrator*innen, Künstler-, Musiker- und Handwerker*innen

sollten wie selbstverständlich zum Team einer Schule gehören. Nicht zu vergessen sind die Verwaltung/Administration und die Versorgungs-, Technik- und Instandhaltungsabteilung. Ein solch buntes Team kann den Fachkräftemangel an Pädagog*innen lindern. Es kann all das abbilden, was wir heute gesellschaftlich von unseren Schulen erwarten. Und es sollte tatsächlich bunt sein...



*Stefanie Remlinger
MdA, Sprecherin für
Berufliche Bildung
und Bildungsfinanzierung*



NEUKÖLLN ERFINDET SICH IMMER NEU

Neukölln ist Vielfalt und verändert sich ständig. Unser Bezirk ist immer wieder Experimentierfeld für zukunftsweisende Stadtentwicklungsprozesse, die lokal und selbstorganisiert beginnen und nicht selten weit über Bezirks- und Landesgrenze hinaus strahlen. Zwischennutzungen, Raumpioniere, Kunst- und Kulturfestivals, migrantische Ökonomen, Modellprojekte, die auf ein solidarisches Zusammenleben und gleichberechtigte Mitbestimmung abzielen ... das alles ist hier entstanden.

In den letzten Jahren hat sich Neukölln zu dem Ort in Berlin entwickelt, an dem es die größte Dichte an Organisationen und Unternehmen gibt, die an nachhaltiger und fairer Produktion, globaler Gerechtigkeit, regionaler Vermarktung und solidarischem Wirtschaften arbeiten. Sie vernetzen sich zunehmend, „alte“ und „neue“ Akteur*innen finden zueinander. Sei es im Kreativnetzwerk, auf dem Kindl-Gelände oder bilateral. Es ist daher an der Zeit, dass sich auch der Bezirk aufmacht, das Fairtrade-Town-Sie-

gel zu erwerben. Das macht es nötig, nicht nur Fragen des globalen Handels, sondern auch der Kolonialgeschichte zu thematisieren. Beides geht voran: In diesem Jahr veranstalte ich sehr wahrscheinlich die letzte symbolische Umbenennung der Wissmannstraße – der Prozess zur Umbenennung ist nämlich beschlossene Sache. Es ist gut, dass Volkshochschule, Museum und Schulen ihn mit Bildungsprojekten zur deutschen Kolonialzeit begleiten werden.

Meine größte Sorge derzeit: Freiräume verschwinden und immer mehr Neuköllner*innen werden verdrängt, weil Mieten steigen. Der politische Kampf gegen Spekulation und Ausverkauf ist auch der Schutz der sozialen und kreativen Freiräume: Wir fordern die Neuregelung der Gewerbemieten analog zum Milieuschutz.



*Susanna Kahlefeld, MdA,
Sprecherin für
Partizipation
und Beteiligung*

DREI FRAGEN AN: SUSANN WORSCHSCH



*Quelle: Heide Fest/
Europa-Universität Viadrina*

1. SUSANN, DU HAST EINE INITIATIVE PRO KIEZ-SCHULE MIT GEGRÜNDET. WARUM?

Vor einigen Jahren zogen die meisten Eltern vor der Einschulung aus Neukölln weg. Das wollte ich genauso wenig wie mein Kind an einer entlegenen Schule anzumelden. Die Karlsgarten-Grundschule in Nordneukölln hatte einen schlechten Ruf. Ich sah aber, dass die Schule sehr gut funktioniert, die Lehrer*innen total engagiert sind und die Atmosphäre sehr freundlich ist. Also habe ich mit einigen anderen Eltern die Schule genau angeschaut und für sie geworben. Jahr für Jahr wurden es mehr Familien, die sich gegen die „Kiezflucht“ entschieden. Uns ging es aber auch darum, dass die Schule die Mischung im Kiez abbildet. Die Schule ist Gesellschaft im Kleinen, und das lernen die Kinder jeden Tag. Dieses Lernen ist genauso wichtig wie Lesen, Schreiben, Rechnen.

2. WAS ERWARTEST DU VON EINER GUTEN KIEZ-SCHULE IN NEUKÖLLN?

Eine gute Kiezscheule sollte Vielfalt als einen großen Schatz betrachten. Das bedeutet, dass alle immer etwas voneinander lernen können, und dass es viel Raum geben sollte, die Heterogenität auch zu diskutieren und positiv zu erleben. Das kann etwa durch jahrgangsübergreifendes Lernen und Inklusion stattfinden. In einer Klasse, in der sechs- bis neunjährige Kinder zusammen lernen, können eh nicht alle immer an der gleichen Aufgabe arbeiten. In unserer Schule gibt es fast für jedes Kind einen eigenen Lehrplan, und jede*r lernt im eigenen Tempo.

3. HAT SICH DIE SITUATION IN NEUKÖLLN BEI DER EINSCHULUNG IN DEN LETZTEN JAHREN VERÄNDERT?

Es wird eng! Gerade unsere Schule ist in den letzten Jahren zu einer der beliebtesten Grundschulen Neuköllns geworden, wir haben mehr Anmeldungen als Plätze und sind froh, wenn wir überhaupt alle Geschwisterkinder aufnehmen können. Zugleich gibt es andere Schulen, die weiterhin von Eltern gemieden werden. Ich würde mir wünschen, dass mehr Eltern es wagen, an eine Kiezscheule zu gehen und sich einzubringen. Jede Schule braucht Elternengagement, und wir können nicht alles den Lehrer*innen überlassen. Andererseits müssen die Schulen auch für eine Zusammenarbeit mit den Eltern offen sein.

SCHULNEUBAU FÜR BRITZ

Überall in Berlin fehlen Schulplätze – auch in Neukölln. Deshalb soll im Rahmen des „Modellvorhabens zur Beschleunigung von Schulneubauten – MOBS“ des rot-rot-grünen Senats auf Grundstücken am Koppelweg in Britz bis 2023 eine neue Grundschule für etwa 430 Schüler*innen entstehen.

NEUES RAUMKONZEPT

Nach dem vorgesehenen Musterprogramm soll es statt langen Fluren Lerncluster mit Klassen-, Teilungs- und Teamräumen geben, die sich um ein Forum gruppieren, sowie Lernwerkstätten, Ruheräume, eine Mensa, eine Aula und eine Sporthalle. Die Schule soll über den Schulbetrieb hinaus auch für eine Nutzung durch die Nachbarschaft offen stehen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen plant und baut das Projekt in Amtshilfe für den Bezirk. Ein Auftaktgespräch zwischen dem Bezirk und den zuständigen Senatsverwaltungen fand im Januar statt. Das notwendige Bebauungsplanverfahren ist eingeleitet, der Bebauungsplan soll nächstes Jahr festgesetzt werden.

GESPRÄCH MIT DEN BÜRGER*INNEN

In diesem Kontext hatten die Grünen Neukölln am Ende Februar einen In-

formations- und Diskussionsabend für Anwohner*innen und Eltern in der Britzer Kleingartenanlage „Guter Wille“ organisiert. Bezirksstadtrat Jochen Biedermann (Grüne), Bildungspolitikerin Stefanie Remlinger MdB (Grüne) und Bauplanungsexperte Martin Kupfer (Grüne) informierten über den geplanten Schulneubau und stellten sich den Fragen der Bürger*innen. Ziel war es auch, die Menschen zu ermutigen, sich in der Phase der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung einzubringen.

Der Andrang und die Diskussion zeigten, dass der Bedarf für die Schule sehr groß ist. Viele Anwesenden erklärten, dass die Schulsituation schon seit einigen Jahren sehr angespannt sei. Aus Mangel an Plätzen gehen derzeit bereits viele Kinder in die Carl-Sonnenschein-Grundschule im Nachbarbezirk Tempelhof-Schöneberg.

Weitere Informationen zur Schulbauoffensive des Senats unter <https://www.berlin.de/schulbau/>



Malika Meyer-Schwickerath, Jan Stiermann, Vorstandsmitglieder im KV Neukölln



Bebauungsplan: Schule am Koppelweg



SCHULE MACHEN FÜR BERLIN

Fast 200 Grüne, Lehrer*innen, Schüler*innen und Expert*innen sind am 26. Mai 2018 zusammengekommen, um beim grünen Bildungskongress gemeinsam über die Berliner Bildungspolitik zu diskutieren, sich auszutauschen und zu vernetzen. Die Themen reichten vom Schulbau

und –sanierung bis zur Frage, wie digitales Lernen und die Lust am Lernen gefördert werden kann.

Die Diskussionen und Ergebnisse aus den einzelnen Workshops sind dokumentiert unter <https://gruene.berlin/bildungskongress>.



MEHR PERSONAL FÜR DIE SCHULEN

Der Fachkräftemangel an Berlins Schulen ist enorm. Seit Jahren fehlen Lehrerinnen und Lehrer – doch jetzt werden auch die Quereinsteiger*innen knapp. Für das kommende Schuljahr fehlen rund 500 Lehrkräfte – so viele wie noch nie. Die Situation an den Berliner Schulen wird immer angespannter. Um den Engpass in den Griff zu bekommen müssen mehr Quereinsteiger*innen gewonnen, vorhandene Lehrer*innen – natürlich bezahlte – Mehrarbeit leisten und Pensionär*innen bewegt werden länger im Dienst zu bleiben. Doch wir wollen mehr, etwa den Quereinstieg für alle Fächer öffnen oder den Schulen für nichtbesetzte Stellen Geld zur Verfügung stellen, zum Beispiel für Sozialarbeiter*innen oder zur Verwaltungsunterstützung.

DRAMATISCHES INSEKTENSTERBEN



Im Oktober 2017 schlugen Naturschutzorganisationen deutschlandweit Alarm: Das renommierte Wissenschaftsjournal PLOS ONE hatte eine Studie veröffentlicht, die einen Rückgang der Insekten in Deutschland um 75 % bestätigte.

Über einen Zeitraum von 1989 bis 2015 hatten ehrenamtliche Insektenkundler an über 60 Standorten in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg Insektenfallen aufgestellt und dabei die gravierende Abnahme der Fluginsekten festgestellt. Damit einher geht ein massenhaftes Vogelssterben. Die Bundesregierung hatte dies in der Kleinen Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion vom 2. Mai 2017 zum Verlust von Vogelarten letztes Jahr bestätigt.

AGRARINDUSTRIE IST SCHULD
Agrargifte wie beispielsweise Neonicotinoide, Monokulturen, ein Mangel

an Nistplätzen und der Klimawandel lassen Insekten und Vögel sterben. Das gefährdet auch die Ernteerträge und damit die Nahrungsgrundlage des Menschen.

Um das Nahrungsangebot für Bienen in der Stadt zu verbessern, hat die AG Klimaschutz des Grünen Neukölln im Frühjahr kostenlose Samentütchen von Wildblumen auf dem Rudower Wochenmarkt und am Tempelhofer Feld verteilt. Bei den Bürgern kam die Aktion sehr gut an: Die Tütchen gingen in rasantem Tempo weg.

JEDER KANN ETWAS TUN

Auch mit der Auswahl von Balkonpflanzen kann jeder einen Beitrag leisten: Von Kapuzinerkresse, Verbeere, Glockenblume, Wandelröschen, Löwenmäulchen, Lavendel, Margeriten und Sonnenblumen fühlen sich Bienen, Schmetterlinge und andere Nützlinge magisch angezogen. Im Garten fördern Weidenkätzchen, Johannisbeeren, Efeu, Taubnesseln, Lauch, Zauberrübe und Kräuter die Vielfalt der Insekten.

Aber Vorsicht: Nicht nur auf dem Land, sondern auch in der Stadt setzen Neonicotinoide den Bestäubern zu. Der größte Teil des Saatguts und die meisten Pflanzen aus Gartencentern, Baumärkten und Supermärkten in der Stadt sind mit Neonicotinoiden behandelt.

AG Klimaschutz

WIR WOLLEN MEHR MENSCHEN DAZU BRINGEN, ETWAS GEGEN DAS INSEKTEN- UND BIENENSTERBEN ZU TUN.

Infos dazu gibt es unter:

<https://www.facebook.com/grueneneukoelln/videos/1967193660020188/>

Unbedenkliches Saatgut und Pflanzen gibt es hier:

- bio-saatgut.de
- arche-noah.at (Versand für alte Nutzpflanzen)
- bingenheimersaatgut.de (Demeter-Gärtnerinnen und -Gärtner, die sich im „Initiativkreis für Gemüsesaatgut aus biologisch-dynamischem Anbau“ zusammengeschlossen haben).
- vern.de (der VERN e. V. erhält ca. 2000 alte Nutzpflanzensorten).
- autarkewelt.de (Saatgut „Alte Sorten“)
- dreschflegel-saatgut.de (biologisches Saatgut von Kulturpflanzen aus bäuerlichen Betrieben)
- naturwuchs.de, Bio-Gärtnerei und Versand



PLÖTZLICH ABGEORDNETER

...UND WAS SOLL ICH JETZT ANZIEHEN?

Mit dieser Ausgabe des Neuköllner Stachels wird das journalistische Element der Kolumne eingeführt und wir MdA – das ist keine neue Designerdroge sondern die offizielle Abkürzung für „Mitglied des Abgeordnetenhauses“ – müssen liefern. Nun habe ich mich nach dem, dank Deutsch Leistungskurs gerade noch geschafften Abitur nicht ohne Grund gegen den Journalismus entschieden. Bei unserer Schülerzeitung am Köpenicker Humboldt-Gymnasium war ich nicht zufällig nur für den Vertrieb zuständig. Stattdessen studierte ich Politik, besetzte Kohlegruben

und landete irgendwie bei der Grünen Jugend. Und nun das hier!

Lasst mich daher diese erste Kolumne mit etwas Oberflächlichem anfangen. Im Wahlkrampf war ich auf rund 100 Plakaten mit meinem grauen Kapuzenpulli zu sehen. Mein SPD-Konkurrent hatte ca. 1000; also Plakate, keine Pullis. Sonst sahen wir uns wohl ziemlich ähnlich, was selbst die ‚taz‘ bemerkte. Die inhaltlichen Unterschiede bei Klimaschutz, Fahrradwegen oder Milieuschutz waren da nicht so wichtig. Ich lernte also Lektion eins: Your look matters.

Neu gewählt stand ich also vor der Frage, was ich „im Dienst“ anziehe. Und was ist eigentlich alles „im Dienst“? (Spoiler: Alles.) Meine Lösung sieht so aus: Ich trage weiter was im Kleiderschrank oben liegt, allerdings ist das immer schwarz. (Mama so: Schwarz geht immer.) An Plenartagen trage ich Hemd, damit mich die Saaldiener ungefragt reinlassen. Gleiches bei öffentlichen Veranstaltungen, wo das Klientel v.a. aus alten cis-Männern besteht. (Das ist als „ausgestreckte Hand“ zu verstehen, damit meine grünen Argumente vielleicht doch ankommen.) Was würde eine

Modeberatung dazu sagen, bestünde sie nicht aus dem Durchklicken von VICE-Online? Mir piep egal. Und meinen grauen Pulli trage ich weiterhin – egal was Mama sagt.



Georg P. Kössler
MdA, Sprecher
für Klima- und
Umweltschutz,
Eine-Welt-Politik
und Clubkultur

WHAT'S
UP

WHAT'S
UP

WOHNUNGS- UND OBDACHLOSE FRAUEN BRAUCHEN EIGENE HILFSANGEBOTE

Seit vielen Jahren beschäftige ich mich im Rahmen meiner Tätigkeit als Mitglied des Abgeordnetenhauses mit der wachsenden Zahl der wohnungslos gewordenen Frauen. Das war bis vor einigen Jahren überhaupt nicht im Fokus der Sozialpolitiker*innen, aber wir registrieren hier seit gut 5 Jahren einen Anstieg.

Man kann heute davon ausgehen, dass ungefähr jede dritte wohnungslose Person eine Frau ist, immer häufiger auch mit Kindern. Ich bin der Meinung, dass mehr getan werden muss, um die besondere Situation von Frauen in den Unterkünften zu berücksichtigen. Eine gemeinsame Unterbringung mit Männern, die sich oft aggressiv und rücksichtslos verhalten ist Frauen nicht zuzumuten. Zumal der Anteil von Frauen mit Gewalterfahrung und psychischen Beeinträchtigungen hier besonders hoch ist. Aber unser Ziel muss sein, dass es erst gar nicht zum Verlust der Wohnung kommt!

Gerade Alleinerziehende haben es schwer auf dem Wohnungsmarkt. Sie sind die einkommensschwächste Gruppe und finden immer häufiger keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Wir müssen jetzt konsequent daran arbeiten,

Frauen mit ihren Kindern in ihren Wohnungen zu behalten. Deshalb habe ich mich auch dem AWO-Fachbeirat angeschlossen, der den Aktionsplan „Zwangsräumungen verhindern“ ausarbeitet. Dieser soll der 2. Strategiekonferenz zur Beendigung der Obdachlosigkeit in Berlin vorgelegt werden.

Oft geht dem Wohnungsverlust ein persönlicher Schicksalsschlag voraus, eine Trennung, ein Todesfall, oder auch eine schwere Erkrankung. Hier müssen wir auch für Frauen ohne Kinder mehr Angebote schaffen. Eines, das im Oktober an den Start geht nennt sich „Housing first“. Hier werden Trägerwohnungen ohne Bedingungen an Frauen vermietet, die sonst auf der Straße landen würden. Ein guter Anfang, wenn auch nur ein Tropfen auf den heißen werdenden Stein. Eins ist sicher, sowas brauchen wir auch in Neukölln, wo die Wohnraumknappheit immer drängender wird. Dafür setze ich mich ein.



Anja Kofbinger MdB,
Sprecherin für
Frauen- und
Queerpolitik

LOCAL
HEROES

AMARO FORO – VIELFALT FÜR UNSERE STADT



Amaro Foro („Unsere Stadt“) ist ein interkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen, um aktive Bürger*innen zu werden. Die Arbeit des Verbands soll dazu beitragen, dass sich die Kinder und Jugendlichen zu kritischen, verantwortungsbewussten, Verantwortung übernehmenden und bewusst handelnden Mitbürger*innen unserer Gesellschaft entwickeln können.

Amaro Foro betreibt verschiedene Projekte im Bereich Soziales durch eine Anlaufstelle, im Bereich Bildung durch die Sprachmittlung an Schulen und in den Bereichen

Community Building, Dokumentations-, Antirassismus- und Jugendarbeit. Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen und Erfahrungen arbeiten in den Projekten mit. Ehrenamtliche bringen sich bei Veranstaltungen und inhaltlich im Verein ein.

Höhepunkte der Vereinsarbeit sind die jährlich stattfindenden internationalen Jugendbegegnungen, das „Herdelezi“ Straßenfest, der Welt-Roma-Tag am 8. April oder auch der Tag des Gedenkens an den Roma-Genozid am 2. August.

Weitere Infos:
www.amaroforo.de

TER
MINE

IMPRESSUM

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:

Neukölner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

V.i.S.d.P.: Ralf Schmidt-Pleschka

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Georg P. Kössler, Ralf Schmidt-Pleschka, Beate Achilles, Katrin Schmidberger, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Meret Weber, Viola Muster, Philmon Ghirmai, Anna Hoppenau, Lena Brommer, Vivian Weitzel, Stefanie Remlinger, Malika Meyer-Schwickerath, Jan Stiermann, Jan Michael Ihl

Gestaltung & Layout:

Ulrike Cymek

Druck:

Eversfrank – Druck, Medien, Umwelt

Auflage: 10.000

Vorstandssprecher*innen:

Anna Hoppenau, Philmon Ghirmai

Internet: www.gruene-neukoelln.de

Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Grüne Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

Bezirksgruppe

Zentrales Treffen aller Aktiven. Wechselnde Themen und Referent*innen. **Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, 19 Uhr** (Grüne Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Straße 9)

Grüne Jugend Neukölln

Grüne Politik für alle unter 28. **Jeden Mittwoch um 19 Uhr** (Grüne Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Straße 9)

AG Klima

Think global - act local! Für ein ökologischeres Neukölln. **Die Termine können per Mail erfragt werden** (ag-klimawandel@gruene-neukoelln.de)

AG Antifaschismus

Zusammen stark gegen rechte Hetze und Gewalt! **Die Termine können per Mail erfragt werden** (ag-antifaschismus@gruene-neukoelln.de)

AG Stadtentwicklung

Aktuelle Diskussionen um Mieten, Bauen und Wohnen in Neukölln. **Jeden 1. Donnerstag im Monat um 19 Uhr** (Grüne Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Straße 9)

AG Südneukölln

Neukölln hört nicht am S-Bahn-Ring auf. Wir engagieren uns im Süden des Bezirks. **Jeden 4. Donnerstag im Monat** im Süden von Neukölln.

AG Bürger*innenbeteiligung

Mehr Demokratie wagen. Doch wie gestalten wir den Dialog mit Bürger*innen? **Die Termine können per Mail erfragt werden** (susanna.kahlefeld@gruene-fraktion-berlin.de)

Alle aktuellen Termine auf
www.gruene-neukoelln.de

R2G STÄRKT FRAUEN*

Mehr Teilhabe und körperliche Selbstbestimmung

Im Frühjahr diesen Jahres hat r2g den Antrag „Internationaler Frauentag: Macht, Arbeit, Einkommen – für die gleichberechtigte Partizipation von Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben“ ins Parlament eingebracht. Wir wollen das Tempo der Umsetzung frauen*politischer Forderungen erhöhen, damit gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen endlich gelebte Realität werden kann. Außerdem haben wir uns auf zwei konkrete Maßnahmen geeinigt, die sofort umgesetzt werden.

Die Koalitionsfraktionen prüfen derzeit die Einführung eines Paritégesetzes für Berlin, um die paritätische Beteiligung von Frauen* an der politischen Willensbildung in Parlamenten, Ämtern und Gremien sicherzustellen. Im Abgeordnetenhaus beträgt der Frauen*anteil aktuell nur 33 Prozent – und ist damit so gering, wie seit 15 Jahren nicht mehr. Das verstößt unserer Meinung nach gegen das verfassungsrechtliche Gleichstellungsfördergebot. Die Geschlechterparität des Parlaments wird vor allem durch den besonders

geringen Frauen*anteil in den Oppositionsfraktionen untergraben.

Außerdem setzt der Senat sich für das uneingeschränkte Recht von Frauen* auf körperliche Selbstbestimmung ein. Die Webseite der Gesundheitsverwaltung wird zukünftig darüber informieren, welche Ärzt*innen und Kliniken in Berlin rechtskonforme Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ärzt*innen dürfen dies aufgrund des veralteten Strafrechtsparagrafen 219a nicht selbst online tun. Doch auch und gerade beim Thema Schwan-

gerschaftsabbruch müssen Frauen* sich sachlich und richtig informieren können, denn Informationsrecht ist ein Menschenrecht.



Anja Kofbinger MdB,
Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik

HELMUT GROSSE INKROTT – MEHR RAD FÜR NEUKÖLLN!



Ob bei Demos für bessere Luft, als versierter Interviewpartner in Verkehrsfragen oder als Ordner bei der Kidical Mass – er ist eine Säule im Netzwerk fahrradfreundliches Neukölln: Helmut Große Inkrott, 53, Maschinenbau-Ingenieur bei einem Neuköllner Apparatebau-Mittelständler: „In Berlin staunten alle, dass ich mit dem Rad zur Arbeit komme“, dabei war das für ihn als Münsterländer völlig normal. Der Verkehrskulturschock in Neukölln: „Für Radfahrende wird nichts gemacht – dafür wird eine Autobahn gebaut: irgendwann hatte ich da-

von die Schnauze voll.“ Seither engagiert er sich für Radschnellwege und Protected Bike Lanes etwa in der Karl-Marx-Straße. Oder hilft auch mal als Ordner, die Kidical Mass – eine Kinder-Demo inspiriert von der großen Critical Mass – abzusichern (im Bild 2. v. r.). Ein Auto hat er schon lange nicht mehr; dafür fährt er täglich eins seiner Fahrräder durch Neukölln: „verschiedene Räder je nach Witterung; acht sind's, glaube ich.“

WERKSTATT DER KULTUREN BEKOMMT NEUES KONZEPT

Die in Neukölln gelegene Werkstatt der Kulturen wird neu ausgeschrieben. Der Vertrag mit dem bisherigen Trägerverein „Brauerei Wissmannstraße“ läuft zum Ende des Jahres aus.

Im ersten Schritt hat die Kulturverwaltung einen Ideen-Wettbewerb ausgeschrieben. Die Werkstatt soll wieder eine offene Plattform für Multi-Kultur werden, die von

Berliner Künstler*innen bespielt wird: Schwerpunkt Migration, Exil und Flucht. Wenn die Jury, bestehend aus Jamila Al-Yousef, Barbara Meyer, Alex Moussa Sawadogo, Cymin Samawatie und Dr. Martin Steffens entschieden hat, wird im zweiten Schritt die Trägerschaft zur Umsetzung des Konzepts ausgeschrieben. Für Neukölln als Kulturstandort ein wichtiger Vorgang.

MIETERSCHUTZ IN DER GROPIUSSTADT

Unter dem Titel „Mieterhöhungen nach Modernisierung – Was können Mieter*innen tun?“ luden Bündnis 90/Die Grünen Neukölln am Mittwoch, den 6.6.2018, zu einer öffentlichen Informationsveranstaltungen ein, um über Modernisierungen und Mieterhöhungen in der Gropiusstadt zu informieren.

Aktuell läuft eine Modernisierungswelle zahlreicher Mietwohnungen in der Gropiusstadt. Deutsche Wohnen und Gropiuswohnen planen, Fassaden zu dämmen, Fenster auszutauschen und neue Bäder einzubauen. Weitere Eigentümer haben ähnliche Maßnahmen

angekündigt. Über 150 Menschen sind gekommen, viele berichteten von Mieterhöhungen und Modernisierungsankündigungen. Gerade viele ältere Menschen sorgen sich um ihre Zukunft, da höhere Mieten von ihren Renten nicht zu bezahlen sind.

Lisa Paus, grüne Bundestagsabgeordnete und Expertin für Mietpolitik, Dr. Jutta Hartmann, engagierte Juristin beim Berliner Mieterverein, und Jochen Biedermann, Neuköllner Stadtrat für Stadtentwicklung und Soziales, diskutierten mit betroffenen Mieter*innen und gaben Praxistipps.



MELDE DICH JETZT ZU
UNSEREM NEWSLETTER AN.
WWW.GRUENE-NEUKOELLN.DE/NEWSLETTER

